

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 148

Mittwoch, den 27. Juni 1923.

163. Jahrgang.

England rüstet.

Vergrößerung der Luftmacht.

Angesichts der ungeheuren französischen Luftvermehrungen.

London, 27. Juni. Am Unterhaus gab gestern Nachmittag Premierminister Baldwin eine wichtige Erklärung über die Verstärkung der britischen Luftwaffe ab. Die Regierung habe beschlossen, für die notwendigen Bedürfnisse der Flotte, der Armee und der indischen Leberesebereite eine britische Luftvertheidigungsarmee zu schaffen, die genügend stark ist, um Großbritannien gegen die Bedrohungen der größten Luftmacht (1) zu schützen, die innerhalb der erreichbaren Zone liegt. Diese Luftwaffe soll teilweise auf einer regulären und militärischen Basis, teilweise auf einer territorialen oder Reservebasis organisiert werden. Zuerst soll die neue Luftwaffe aus 52 Geschwadern bestehen. Die neuen Vorschriften würden dazu führen, der drauzehnten Stärke der Luftwaffe weitere 34 Geschwader zuzuführen. Der Staatssekretär für das Flugwesen habe Instruktionen erteilt, diesen Beschluss sofort in Wirkung treten zu lassen. Baldwin fügte hinzu, daß die britische Regierung gerne mit den anderen Regierungen zusammenarbeiten würde, um die Flugleistungen nach den Grundlagen des Washington-Vertrages zu beschränken. Der Staatssekretär für das Flugwesen erklärte, daß die Kosten für die Vergrößerung der Luftwaffe kaum eine halbe Million Pfund Sterling übersteigen würden.

Die Erklärungen Baldwin's über die Verstärkung des britischen Luftdienstes bedeuten, daß England namentlich von der Verstärkung der französischen Flugdienste Kenntnis genommen hat und daß es jetzt im Flugwesen mit Frankreich in Konkurrenz tritt. In der Presse und in der Öffentlichkeit bedauert man wohl den Verlust, weil er die bereits außerordentlich hohen militärischen Ausgaben weiter vergrößert; trotzdem ist man jedoch nicht gewillt, zuzugeben, daß Großbritannien auch weiterhin hinter Frankreich zurückbleibt. In dem Wochenblatt „Star“ wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Verstärkung der Luftwaffe nicht notwendigerweise eine Vorbereitung für einen neuen Krieg zu sein braucht, trotzdem sie in ihrer Wirkung einer Vorbereitung für den nächsten Krieg gleichkommt. Die Zeitung fügt hinzu, daß die britische Regierung darnach strebt, gegen die ungeheure Vergrößerung der französischen Luftwaffe Stellung zu nehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß Frankreich Ende 1923 60 Flugmaschinen besitzen wird und es wird die Frage gestellt, gegen wen Frankreich diese Vorbereitungen trifft angesichts der Tatsache, daß Deutschland entwaffnet ist. Der Verlust Großbritannien in dieser Frage erinnert an den Flottenwettbewerb, der vor dem Krieg zwischen Großbritannien und Deutschland stattgefunden hat.

Promisslose „Lebenswürdigkeiten“ an England.

Paris, 27. Juni. Am Anfuß an die französisch-belgischen Demarkationslinien, mit denen die Verfestigungsarbeiten des „Scherners“ über die Beziehungen Frankreichs an der Dorsen als fast hingestellt wurden, kommt der „Matin“ noch einmal auf seine eigenen Enttäuschungen zurück, in denen er die Engländer im Ruhrgebiet bedauerte, die Gründung einer rheinischen Republik mit deutsch-französischer Beteiligung betreiben zu haben.

Die Engländer werden aber dieses Produkt französischer Gehirnvermehrung nur lächeln können. Der Kölner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ sagt, seine Nachrichten hätten ihn überzeugt, daß die Franzosen die auf die Verfestigung einer rheinischen Republik gerichtete Politik fallen lassen hätten und ihre Politik sich härter zu einer amerikanischen Politik entwidert hätte. Jedermann im Rheinland ist sich über die außerordentlich harten Dornen nötig sein würde, um die Franzosen wieder aus dem Rheinland zu vertreiben. Der erste Teil der „Matin“ aus dem Rheinland einschließlich des Scherner Bezirks zu enthalten.

Die optimistischen Aufstellungen der Berliner Berichtserhalter der Londoner Zeitung inbezug auf die letzten Verordnungen zwischen Vincere und dem englischen Vorkäufer Lord Crewe, der übrigens gestern mit dem Direktor der politischen Angelegenheiten des Staat der Arbeit eine neue Unterredung hatte, werden von den offiziellen französischen

Zeitungen nicht geteilt. Sie erklären, daß man noch immer zu warten müsse, um England auf seine bestimmten Fragen bestimmte Antworten zu erteilen. Vincere scheint übrigens von den Mitteilungen, die ihm Lord Crewe machte, nichts befriedigt gewesen zu sein, weil er besonders über die Bedingungen der Aufgabe des passiven Widerstandes nicht die ihm gut erscheinende Antwort erhalten konnte. Durchaus ungewiss ist, ob man zu irgendwelchen mündlichen Verhandlungen einander zwischen Frankreich und England allein, oder unter Mitwirkung der übrigen Alliierten gelangen könnte. Das Terrain wird noch immer sonderbar und vorläufig ist nicht abzusehen, wie irgend ein Einverständnis erreicht werden könnte. Das „Journal“ behauptet, daß Frankreich sich Zeit lassen könne, zumal diese nicht verloren sei. Die Druckmittel, die im Ruhrgebiet angewandt würden, könnten den Zusammenbruch Deutschlands beschleunigen. Die Fräule reifen. Das Blatt erklärt es für unrichtig, als ob irgendeine Zusammenkunft zwischen Vincere und Baldwin in Aussicht stünde.

Eine englische Kommission in Ruhrgebiet.

London, 26. Juni. In diesem Vor-Curson nahe liegenden politischen Streifen macht man neuerdings kein Hehl aus der Auffassung, daß an eine Überbrückung der Differenzen in der Ruhrfrage zwischen London und Paris kaum in absehbarer Zeit zu denken sein werde. Man vertritt hier nach wie vor die Meinung, wenn bei einem derartigen Ausgange nicht eine grundlegende Regelung des gesamten Komplexes erfolge, so würden sich immerzu wieder neue Differenzen ergeben müssen, die neue Urzweine in die Beziehungen zwischen der Downing Street und dem Staat der Arbeit tragen. Vorläufig behält man sich in einem Vorbehalt, und die britische Regierung täte alles, um die Frage von allen Seiten zu prüfen. In diesem Zusammenhange gewinnt die Meinung an Gewicht, daß auf Anregung von Baldwin die Abteilungsmitgliedern eine Kommission, bestehend aus einem englischen Oberen und einem Oberleutnant, ins Ruhrgebiet geschickt habe, um an Ort und Stelle die Möglichkeit der Militarisierung der Ruhr-Gebiete nach der Grundungsfrage zu studieren und darüber Bericht zu erstatten.

Volkssdienst ist Volksoffer!
Darum geht weiter zum
Deutschen Volksoffer!

Im Auftrage Hoover's.

Münster, 26. Juni. Nach der „Westfälischen Zeitung“ sprachen zwei Amerikaner, Professor Lincoln Sutcliffe und Dr. Frank Solber, beim heiligen Oberpräsidenten vor. Sie berichten zuerst im Auftrag Hoover's Deutschland, um Grundbedingungen über seine Ernährungsfrage einzuziehen.

6 neue Morde.

Schredensstase in der Ruhr.
Dienstag, 26. Juni. Die für die Errichtung der beiden belagerten Soldaten verhafteten Zivilisten werden auf drückendste Weise durchgeführt. Die wegen der Verhaftung verhafteten Personen müssen die ganze Nacht auf der Wache mit dem Gesicht zur Wand gefesselt sitzen zu bringen. Einem wurde ein Auge ausnahmslos zerschlagen. Solber wurden von belagerten Soldaten erschossen: der 19-jährige Elektromonteur Weisner und der 27-jährige Heinrich Lambert, also sie vor 8 Uhr abends von einem Spaziergeher zurückgeführt. Ein anderer junger Mann wurde nach 8 Uhr abends verhaftet, ebenfalls ein Bergmann Schubert. Die Verhaftungen in nur darin gesichert worden, daß Verze, Heiligens und Schumann nach 8 Uhr abends mit erhobenen Händen die Straße betreten dürfen, wenn sie einen Ausweis bei sich führen.

Zer dritte Tod heißt Hider: er ist ein alter Mann, der für das Krankenhaus in Dorf Verordnungen machte, wobei er erschossen wurde.

Wie aus Vier gemeldet wird, ist außer den bereits genannten Personen auch der Sohn des Seigers Werner am 25. Juni von belagerten Soldaten erschossen worden.

Anzeigenpreis Der Spaltenne Millimeter Saßraum 200. 4 800. 4. Die laufende Monatsausgabe wird vom Besizer auf Nicht-Anzeigen bei demselben Anspruchs in dem die Beauftragten. Abrechnung 400. 4. Porto besonders. Abrechnung frei. Abrechnung Vormittag 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonderpreis. Fernsprecher Nr. 100.

Wertbeständige Löhne.
Zimmer einbringlicher wird die Forderung nach wertbeständigen Löhnen gestellt. Es werden verschiedene Vorschläge gemacht.

Der erste fordert, daß die deutschen Arbeiter eine Lebenshaltung entfalten müssen, die denjenigen in den europäischen Industriestaaten gleichwertig ist. Diese Forderung übersieht, daß es in Europa mehrere Staaten gibt: Siegerstaaten und Besiegtenstaaten. Die Arbeiterkraft der Siegerstaaten hält nichts von Internationalismus, d. h. gegenläufige Forderung: sie verlangt vielmehr schärfere Ausnutzung des Sieges; sie will dauernden Nutzen für die einzelnen Angehörigen der Siegerstaaten in Gestalt einer möglichst ausgiebigen Verbesserung der Lebenshaltungsmöglichkeiten. In demselben Ausmaß, in dem die deutschen Löhne über ihren jetzigen Stand erhöht werden, vermindert sich vom Standpunkt des Auslandes die Höhe der deutschen Reparationszahlungen. Die Arbeiterkraft der anderen Länder ist aber gewillt, in die Herabsetzung der deutschen Zahlungen soweit einzuwilligen, daß dadurch der bisherige Druck vom Weltmarkt genommen wird. Darüber hinaus wird sie keinen Fernweg lassen. Soll die Forderung nach Erhöhung der deutschen Löhne bis zur Angleichung der deutschen an die ausländische Lebenshaltung durchgesetzt werden, ist dafür erste Voraussetzung die grundlegende Veränderung des Verfalls der Reparationszahlungen, die Wiederherstellung der ausgenommenen Erzeugnisse, die Wiedereingliederung der deutschen Handelsflotte usw. Für absehbare Zeit ist eine derartige Revision des Vertrages von Versailles unmöglich. Für diesen Zustand kann sich die Arbeiterkraft bei den Stellen bedanken, die ihr geschaffen haben, daß die deutsche Lebenshaltung von dem Ausgang des Krieges und des Friedens unabhängig ist.

Eine andere Forderung ist auf Zahlung des Friedenslohns gerichtet. Hier ist zu bemerken, daß der einzelne Arbeiter zwar in der Entlohnung teilweise schlechter als im Frieden gestellt ist, daß aber die Gesamtheit der Arbeiterkraft keinesfalls mehr als im Frieden soviel wie im Friedenszeiten verdient. Daß mancher einzelne Arbeiter nicht mehr erhält, erklärt sich daraus, daß eine zu große Zahl unproduktiver Arbeitskräfte bei zurückgegangener Gesamtproduktion von dem Gesamtlohn zehrt und daß sich deshalb natürlich der Anteil des Einzelnen verringert hat. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, als erzeugt wird. Bevor nicht dem Friedenslohn die Friedensleistung entspricht, ist an seine Einführung nicht zu denken.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, den Lohn an das frühere Existenzminimum anzupassen. Hier ist zu beobachten, daß ein Volk, das große wie die im Friedensvertrag festgelegten, Lasten auf sich nehmen muß, das deutsche, nicht an das normale Existenzminimum denken kann. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß auch das Existenzminimum von dem Grad der Erzeugung bedingt wird. Geht z. B. die Getreideernte infolge unzureichender Arbeitsleistung in der Landwirtschaft zurück, kann der Industriearbeiter nur dann die früher gewohnte Menge an Brot essen, wenn er durch seine Hände Arbeit dafür Sorge trägt, daß aus dem Ausland im Wege des Kaufes genug Industrieerzeugnisse eine entsprechende Menge an Getreide eingeführt wird. Schließlich ist zu erwähnen, daß manche Arbeiterleistungen, besonders die Zugschichten, schon seit längerer Zeit das Existenzminimum der Versorgung reichlich besitzen, ohne von ihm den richtigen Gebrauch zu machen. Es wäre zu überlegen, ob nicht eine Umfichtung in den Entlohnungsverhältnissen zugunsten der Beschäftigten eintreten könnte. Jeder widerspricht die Gewerkschaftspolitik dieser durchaus berechtigten Erwägung.

Die jeweilige Lohnhöhe ist und bleibt abhängig von der Gestaltung der wirtschaftlichen Lage. Diese wiederum wird bedingt von der Politik. Gerade die Gewerkschaftspolitik hat uns aber außenpolitisch zum Verfalliger Vertrag und innenpolitisch zum Hauptverfalliger gebracht, die neben Versailles die Hauptursache an der unzureichenden Erzeugung von Getreideerzeugnissen trägt. Unzureichende Getreideerzeugung kann für einige Zeit auf dem Umweg über künstliche Transportwege der Notentpresse aus vorhandenen Beständen ausgeglichen werden. Sobald diese aufgehört ist, können unzureichende Löhne nur durch ausreichende Gütererzeugung aufgebeffert werden.

Auch die Zahl der Angehörigen stellt sich als höher heraus. Unter den Verfestigten befindet sich auch eine Frau, die einen schweren Verfalliger erlitten hat.

In Gladbeck

wurde ein Anwalter, der im Krankenhaus als Pflegerin untergebracht ist, von einem belgischen Soldaten erschossen.

Die Schicksale der Franzosen und Belgier kennt keine Grenzen.

Wie 'Soudas' aus Düsseldorf meldet, ist in der gleichen Nacht, in der durch einen französischen Wachposten ein Soldat von dem 67. französischen Infanterie-Regiment getötet wurde, ein Soldat des 40. Infanterie-Regiments als Wachposten bei Calum, nördlich von Düsseldorf, von einem Soldaten des gleichen französischen Regiments getötet worden.

Die Stadt auf die Schmutzbeamten geht weiter.

Hagen, 27. Juni. Vorgestern wurden vier Schutzpolizisten am Aufge des Hohen Siebing von den Franzosen verhaftet.

Wegen Verhaftung eines kommunistischen Spielers verurteilt.

Münster, 26. Juni. Der am 2. Mai verhaftete Polizeipostler Borath aus Westfalhausen wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am 11. Juni zu einem Jahr Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Truppenverlegungen im Ruhrgebiet.

Münster, 26. Juni. In Oberhausen sind die bis her in der Stadt stationierten französischen Truppen durch Belgier abgelöst worden.

Die Stadt Blankenstein ist nun fünfmaliger Wechlung von den Franzosen geräumt worden.

„Das schlimmste Mißgeschick Frankreichs wäre, verkannt zu werden.“

Paris, 26. Juni. Die Pariser Revue der ausländischen und der englisch-amerikanischen Presse haben die dem Präsidenten Millerand ein Briefchen gegeben, zu dem außer Millerand mehrere Mitglieder der Regierung und die Botschafter Englands, Amerikas, Belgiens und der Schweiz geladen waren.

Bombenattentat im Wiesbadener Hauptbahnhof.

Frankfurt a. M., 27. Juni. Gestern früh explodierte in der Hauptstraße des Wiesbadener Hauptbahnhofes eine Bombe.

Portyrische in Loujane.

Sofia, 26. Juni. Heute vormittag erledigte die politische Kommission der Orientkonferenz eine Reihe von richtungsbildenden Fragen.

Zürken erklären sich schließlich einverstanden, daß Bulgarien und Botsburg in das mit den Verbündeten abzuschließende Wirtschaftsabkommen eingeschlossen werden können.

Die geleistete Festlegung von Indexhöhen.

Berlin, 26. Juni. Über die Verhandlungen im Reichsarbeitministerium wegen der Wertbeständigkeit der Lohn- und Gehälter in der Krise berichten die Arbeiterzeitungen, wonach der Reichsarbeitminister von Siegel am gestrigen Abend vorgehen werde, falls eine Einigung innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft über die Durchführung der Anpassung der Löhne und Gehälter an den Lebensbedarfsindex nicht erzielt werden sollte.

Eine Erklärung Rößhoffs.

Berlin, 27. Juni. Zu der Röchener Morbafade läßt Rößhoff durch seinen Vertreter erklären, daß er diejen Dingen völlig fernstehe und daß er schon deshalb an diesen Vorgängen unmöglich habe mitwirken können.

Aus Stadt und Umgebung Der Fernbrief 1000 Mark.

Die Sätze ab 1. August. Wie bereits berichtet, tritt außer der Vorkostenhöhung am 1. Juli eine weitere Erhöhung der Fernsprechkosten in Kraft.

Siebenstähler.

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Bis jetzt ist alles gut gegangen, aber leider, was eine Stunde Zeit wird. So gefahrt man innerhalb einer halben Stunde auf eine Viertelstunde hinunter sein.

Die Krankensätze.

Die Krankensätze. Aus einer Tabelle, die die Krankenkasse in heutiger Nummer veröffentlicht, ist die neue Sätze ersichtlich.

Zur Kriegsschadhaft.

Die Auszahlung der Teuerungsschadhaft für Kriegsschadhaft und Kriegsinventarverluste wird für alle am Donnerstag, dem 28. Juni, halt.

Ausführungsoverordnung zum Reichsmietengesetz.

Die Ausführungsoverordnung vom 23. Oktober 30. Dezember 1922 mit Wirkung ab 1. Juli 1923 wird folgend geändert: Der Zuschlag für Instandhaltung und Reparaturen beträgt 60 Prozent der Grundmiete.

Vorschläge usw. nach, daß der eben gemeldete Zuschlag während dieser Arbeitsperiode nicht ausreicht, um die Kosten der Instandhaltung der Beschäftigten im Grundbesitz, der Erhaltung ihrer Beschäftigung für einen genau bestimmten, der Lebensdauer der Reparatur entsprechenden Zeitraum einen Zuschlag für die Reinigung und Säuberung des Beschlages, der den festzusetzenden allgemeinen Zuschlag für Instandhaltung übersteigt.

Nikolaus Schäfer in der deutschen Verammlung.

Seit längerer Zeit fand gestern erstmals wieder eine politische Versammlung statt, zu welcher die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Nationalen Volkspartei nach dem „Zoo“ eingeladen hatte.

Und nun unsere eigene Lage, die furchtbar, fast verapfelt ist. Aber wir dürfen uns nicht folge scheuen, den Lasten unerschütterlich ins Auge zu sehen, wollen wir nicht den unheimlichen Schrecken in unseren Köpfen unterdrücken.

Die von heiliger Bevölkerung um Hilfe für sein Deutschland zu bekommen. Er hat seinen Willen nicht ohne Wirkung: stürmischer Beifall umjubelte ihn und bewies, wie sehr er das Innerste jedes einzelnen getroffen hatte.

Begehren gegen die Wohnungsmangelverordnung.

Durch das Gestrichengesetz vom 27. April 1923 (Reichsgesetzblatt Jahrgang 1923 Teil 1 S. 254) ist eine Erhöhung der in den Reichs- und Landesgesetzen vorgesehenen Mietpreise beschlossen worden.

Verbot des Speyerens von Obertoren.

Die Polizeiverwaltung schreibt: Leider kommt es immer wieder vor, daß Leute von Nahrungs- und Genussmitteln aller Art, die Wirtshäuser und z. B. namentlich Obertore, auf die Straße nach oben geschickt werden.

Günstigkeit der Arbeitsverhältnisse des Mittelwesens.

Aus Anlaß der am 1. Juli 1923 eintretenden Fahrpreiserhöhung wird die Geltungsdauer aller im Mai und Juni gelassenen Fahrpreisbefreiungen des Mittelwesens aufeinander übertragen.

Beilage zu Nr. 148 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 27. Juni 1923

Aus dem Ruhrgebiet.

Dortmund — Heddinghausen! — Jagd auf Menschen. — Sadismus in Reinfaktur. — Der Kommandant von Scharnhorst. — Ein Dokument französischer Geistes.

Wielefeld, 23. Juni.

Im Ruhrgebiet, wie überhaupt im ganzen unter französischer und belgischer Fremdherrschaft stehenden besetzten Gebiet, befinden wir uns in der schon länger bestehenden Periode allerhöchsten Terrors. Abschmung des allseitigsten Gebietes von unbefreuten Deutschland, ein neues Todesurteil wegen angeblicher Sabotage und geradezu irrsinnige Ausweisungen von Beamten, besonders von Eisenbahnern, bildeten den Beginn. In den letzten Tagen sind dann noch Dortmund und Heddinghausen hinzu gekommen. Was hier an Unmenslichkeiten und Sadismus geleistet wird, schreit wirklich zum Himmel. Die französische Soldateska, aufgedrängt von entmenschten Offizieren, von denen nahezu jeder ein großer Teil in den Kolonien gedient hat, befindet sich im wahren Sinne des Wortes in einem Blutrausch und sieht rot. Das Blut fließt in Strömen, unschuldige Deutsche werden hingerichtet, und ein Tag überdauert den anderen mit Verdrängungen, Mißhandlungen und scheinlichen Grausamkeiten.

Und warum? In Dortmund und Heddinghausen sind französische Soldaten erschossen worden. Wer die Täter sind, ist einwandfrei noch nicht ermittelt, obwohl der französische General Faucheret die Zeitungen des Ruhrgebietes zu einer Aufnahme einer Darstellung gezwungen hat, wonach der Täter ein früherer Schwabbeamer sein soll. Aber selbst wenn es sich bestätigte, daß fanatische deutsche Nationalisten die Tat begangen haben, dann wäre selbst dieser Umstand nie und nimmermehr eine Rechtfertigung für das blutige Vorgehen der Franzosen, dem zahlreiche unschuldige Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Die erdrückende Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt Gewalttaten gegen die Fremdherrschaft mit aller Entschiedenheit ab, und alle Behörden, Parteien und Gewerkschaftsführer haben in diesen schweren Tagen der Mißbeziehung immer und immer wieder zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt. Wenn sich aber trotzdem Heißsporne finden sollten, die glauben, mit Gewalt vorgehen zu müssen, so ist das einzig und allein die Schuld der Eingliederung selbst, die in raffinierter Steigerung das Maß ihrer Verdrängungen bis zur Unerschwinglichkeit und damit Verzweiflung zu Täuschlichkeiten getrieben haben.

Die Leiden der französischen Soldaten wurden in Dortmund in der Nacht vom Samstag zum Sonntag aufgefunden. Am Sonntag Mittag gegen 12 Uhr wurde die Stadtverwaltung von der Verkündung des verschärften Belagerungszustandes und der ausnahmslosen Verkehrssperre von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens benachrichtigt. In aller Eile mußten Plakate gedruckt und angehängen werden, um großes Unheil zu verhüten, da auf jede Person, die sich nach

8 Uhr auf der Straße zeigte, ohne Zutritt geschossen werden sollte. Trotzdem aber waren natürlich zahlreiche Personen am Abend von den scharfen Bestimmungen nicht unterrichtet, besonders die zahlreichen Ausflügler, die schon am Vormittag ins Freie gewandert waren. Denn es war sehr lange, langer Zeit einmal ein halbwegs schöner Sonntag. So begann dann am Abend mit dem Wochenslag 9 Uhr eine furchtbare Jagd auf Menschen. In allen Straßen knallten Schüsse, und die erschrockenen Menschen flohen wie geheimes Wild. In jedes erleuchtete Fenster wurde hineingeschossen. Hunderte von Personen wurden festgenommen, schwer mißhandelt und eingesperrt. Einigen setzten die französischen Soldaten auf dem Transport laidsüchtig den Revolver an die Stirne und knallten sie nieder. Ein Begleitler mußte mit anfangen und die Leichen zweier erschossener Deutschen zu der Stelle tragen, wo die beiden erschossenen Franzosen aufgefunden waren. Hier wälzte man die Leichen der beiden Deutschen in den Blutlachen der erschossenen Franzosen.

Wem graut es da nicht? Was ist alle Zivilisation? Im vorangegangenen Jahrhundert feierten Sadismus und Blutrausch ihre scheußlichsten Orgien.

Selbst dem beginn jeden Abend aufs neu in den Straßen Dortmunds punkt 9 Uhr die Menschenjagd. Alles ist darauf eingerichtet! Sogar die Postkontrolle in Scharnhorst. Mit Absicht wird die Kontrolle in den Abendstunden derart hinausgeschoben, daß die Reisenden erst nach 9 Uhr in Dortmund eintreffen können. Das erlebte ich gestern Abend selbst. Es war gerade 8 Uhr, als wir in Scharnhorst eintrafen. Der Zug war schlecht besetzt, höchstens 39-40 Personen. Als die Reisenden sich vor dem Zollschuppen aufgestellt hatten, kam der „Bahnhofskommandant“ von Scharnhorst, eine kurze lederne Hundepetische in der Hand. „Alles zehn Schritte zurück“, schrie er uns an und schlug bei seinen Worten immer wieder mit seiner Hundepetische pfeffend durch die Luft. „Geh! kommen Ausländer, dann Frauen und dann das Hindere.“ Ja, ja, passiren Widerstand wollt ihr leisten? Ihr sollt schon sehen! Wir haben erst angefangen anzufangen! Und als Begleitung zu seinen Worten pfeifende Luftschüsse. Die Kontrolle dauerte dann solange, daß der Zug 2 Minuten nach 9 Uhr in Dortmund eintraf. Vor der Einfahrt hielt er auf freier Strecke noch einige Minuten, und nun lag man die in Dortmund wohnenden Reisenden nach allen Seiten aus dem Zuge hetzen und einen Ausgang von der freien Strecke auf die Straßen suchen. Selbst Frauen sah man über hohe Stadeldachhäuser hetzen, geschickt von der Angst, einige Minuten später auf offener Straße von einem französischen Soldaten erschossen zu werden. Und während die Frauen in ihrer Verzweiflung sich abmühten, und zum Teil ihre Kleider an dem Zaun in Fetzen rissen, lagen in den umliegenden Häusern Mißbürger und Volksgenossen im Fenster und lachten über dieses Schauspiel. Was hat doch der Krieg uns herrlich verrohrt!

In Heddinghausen wurde am Sonntag abend ein von auswärts heimkehrender junger Mann, der von der Straßensperre nichts wußte, angeschossen. 3 Stunden lebte er noch, und in diesen drei Stunden schrieb er verzweifelt nach seiner Mutter und nach einem katholischen Priester. Aber fast lächelnd stand die Helfensöhne der großen Nation dabei und blieben ungerührt von dem herzzerberstenden Jammer des Sterbenden. Die Mutter wurde telefonisch davon verständigt, daß der Sohn in einer Wirtshaus im Sterben liegt, aber sie durfte nicht auf die Straße, da sie sonst selbst erschossen worden wäre.

Am andern Tage wurde der Dechant von Heddinghausen bei dem leidenden französischen Offizier vorkellend und sagte, daß es doch nicht in der Absicht der Machthaber liegen könne, einem Sterbenden den Trost der Kirche und die Liebe der Mutter zu verweigern. Darauf erklärte der französische Offizier ausdrücklich, daß es in seiner vollen Absicht liege, den Kranken und Sterbenden die Hilfe des Arztes und den Trost des Seelsorgers zu verweigern und der niederkommenden Mutter den Bestand der Hebamme. Der Dechant hat dann noch eine Axt-Kreuz-Station in der Stadt einzurichten, zu der die Gefangenen hingeschafft werden könnten, und zu der dann mit einem Axt-Kreuz-Auto der Arzt geholt werden sollte; Auch das lehnte der französische Offizier rundweg ab.

Überall, in der ganzen geistreichen Welt sollte man sich dieses Dokument französischer Geistes tief in die Seele einprägen. Aber die Hoffnungen auf die Enttäuschung der Welt, die selber gegen Deutschland so schnell bei der Hand war, sind nur sehr gering. Mit starren Augen sieht man unter Veld, sieht rotes, unschuldiges Blut fließen und überläßt uns vogelfrei den schabigsten Lächeln ehemaligen Soldaten. Sieht denn Europa nicht, was nicht nur uns, sondern ihm selber droht?!

Politische Rundschau

Französische Gegenvor schläge in Genf.

Genf, 23. Juni. Die französische Regierung teilte dem Sekretariat des Völkerbundes ihre Ansicht mit über den Vorschlag der Genfer Versammlung zu den Plänen eines gegenseitigen Garantievertrages und einer Aktionsbeschränkung. Sie erkannte das Interesse an, daß sie für die beiden Fragen der nationalen Sicherheit und der Abrüstung hat und drückt den lebhaftesten Wunsch aus, mit dem Völkerbunde zusammenzuarbeiten. Vor der Redaktion des Vertragstextes sei es ratsam, sich über die genaue Organisation und die Maßnahmen gegenseitiger Unterstützung der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zu einigen. Das Ziel könne nicht durch die ausschließlich Anwendung der einen oder der anderen der beiden Methoden, wie die Versammlung vorge schlagen habe, erreicht werden, nämlich die eines allgemeinen Vertrages und die der Sonderverträge. Die französische Regierung schlägt eine Verbindung beider vor. Denjenigen

Staaten, die entschlossen sind, gemeinsamen Gefahren zusammen entgegenzutreten, solle sofortige Mitgliederhilfe durch genaue Sonderabkommen geleistet werden. Ferner solle für alle Staaten eine allgemeine Unterbringung durch einen Allgemeinvertrag festgelegt werden, in dessen Rahmen durch Sonderabkommen die einzelnen Anwendungen jenes allgemeinen Prinzips einzufügen wären.

Eine Rheinlandrede Severings.

Sarum, 26. Juni. Severing eröffnete gestern die Sitzung des 66. Provinziallandtages der Rheinprovinz mit einer Rede. Er dankte namens des preussischen Staatsministeriums den Rheinländern für den Widerstand, den sie nun 4 1/2 Jahre lang geleistet hätten. Er führte weiter aus: Wie lange werden diese Weiden noch dauern und wohin geht der Weg? Niemand weiß eine Antwort auf diese Frage. Wir gehen diesen Weg weiter, weil es keinen anderen Weg gibt. Selbstverständlich muß die Regierung alles tun, um mit den Gegnern zu einem Abschlusse und zu einer Verständigung zu gelangen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Volksgenossen in unbefangener Weise alles tun müssen um die Weiden mit den rheinisch-westfälischen Brüdern zu teilen und die Weidenzeit des Rheinlandes abzutun. Würden wir einen anderen Weg gehen, den bequemeren, so müßten wir, wohin er gehen wird. Dieser Weg führt tödlicher ins Verderben, dahin, daß man mit den Völkern und Provinzen Schächer treibt. Dazu werden wir uns und können wir uns niemals verstehen. Die französische Regierung wird binnen kurzen Gelegenheit erhalten, zu den Plänen der französischen Annerkennungspolitik Stellung zu nehmen. Unsere Stellung ist klar. Wir wissen, daß jede gleichmäßige Annerkennung des Landes nicht zu Reparationen, nicht zur Wiederherstellung führt, sondern, daß jede Annerkennung einen neuen Weg zu neuem Staatsvergießen und zu neuen Zerwürfungen öffnet wird. Wir haben ein für alle Mal alle diese Pläne für undiskutierbar erklärt. Wenn normale Zeiten einmal wieder gekommen sein werden, dann wird es Zeit sein, daß die Rheinländer über ihre Stellung im Deutschen Reich entscheiden. Einstweilen weiß jeder, daß jede Lösung, die Rheinlande von Preußen zu trennen, gleichbedeutend wäre mit der Lösung der Bande, welche das Rheinland an das Reich fesseln.

Zum ersten Vorsitzenden des Landtages wurde Oberbürgermeister Dr. J. A. R. S. Duisburg gewählt, der in einer Ansprache als Beispiel für die brutale Unterdrückung der besetzten Gebiete folgende Zahlen angab: 700 Jahre Gefängnis wurden verhängt, in der Westmark, Rheinland und Westfalen sind über 1,5 Millionen Mark Geldstrafe ausgesprochen worden gegen Deutsche, die nichts getan haben als ihre Pflicht, zwei Zehntelteile wurden gefaßt, mehrere Verurteilungen zu lebenslänglicher oder langjähriger Zwangsarbeit, die Zahl der Ausgewiesenen mit ihren Familienmitgliedern beträgt 160 000. Diese Schreckenszahlen müssen immer wieder in die Welt hinaus gerufen werden, damit man sieht, wie wir leiden, die wir democh ungebundenen Rufens sind.

Drei Spionageprozesse vor dem Reichsgericht. Leipzig, 22. Juni. Am Donnerstag kamen vor dem Reichsgericht drei Spionageprozesse zur Verhandlung, die ein deutliches Bild von der lebhaften Spionageaktivität geben, die seitens der Franzosen und Belgier seit der Befreiung des Ruhrgebietes entfaltet wird. Der Arbeiter Karl Kante, der im Kriege mehrfach verwundet wurde und das Eisenerz Kreuz 1. und 2. Klasse besitzt, verurteilte im Auftrage eines

belgischen Kapitäns, der ihm eine Stelle als Hafenmeister versprochen hatte, von einem Reichswehrsoldaten in Hannover beschriebene Blätter und Nachrichten über die Reichswehr zu erhalten. Unter Zustimmung mildernder Umstände wurde er zu zwei Jahren Gefängnis und zweijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Schweizer Josef Köfer wurde unter Verlegung mildernder Umstände zu drei Jahren ledigen Monaten Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahren verurteilt. Er hatte im Auftrage eines französischen Agenten von einem Reichswehrsoldaten in Münster verschiedene militärische Dokumente zu erhalten versucht. Durch die Umstände des Reichswehrsoldaten war es gelungen, insofern Köfer als auch seinen Auftraggeber festzunehmen. Schließlich wurde der Kaufmann Hans Jakob unter Verlegung mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrenverlust verurteilt, weil er den Versuch unternommen hatte, sich in Angolstadt geheimhaltende militärische Dokumente zu verschaffen.

französisches Volksgesetz auf den deutschen Boden notgefaßt und beschlagnahmt.

Agart, 26. Juni. Halbamtlich wird mitgeteilt: Am Donnerstag mußte in der Nähe von Marbach am Neckar ein Flugzeug der Kompanie Franco-Koumaine infolge eines Motordefekts eine Notlandung vornehmen. Das Flugzeug, das dem Postverkehr zwischen Frankreich und Rumänien dient, ist Privatbesitz der genannten Gesellschaft, die seine Erlaubnis besitzt, mit ihren Flugzeugen über Deutschland zu fliegen. Der Flugzeugführer wurde zunächst in Schutzhaft genommen, aber am Freitag wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Flugzeug selbst wurde vorläufig zurückgehalten und nach Stuttgart verbracht, wo es bis zur Entscheidung des Reichsverkehrsministers verbleiben soll.

Abschluß der Eisenbahnverhandlungen zwischen Danzig und Polen.

Danzig, 25. Juni. Auf Grund der Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen dem Senat der freien Stadt Danzig und der Regierung der Republik Polen in Danzig stattgefunden haben, wurde bis zur endgültigen Entscheidung des Völkerbundes, die in der nächsten Tagung des Völkerbundes gefaßt werden soll, folgende vorläufige Vereinbarung getroffen: Die polnische Staatsbahndirektion behält weiterhin ihren Amtssitz in Danzig, wobei grundsätzlich die Zurechnung und Ausübung des ihrer Verwaltung unterstehenden Eisenbahnetzes unverändert bleibt. Die polnische Eisenbahnverwaltung wird im wesentlichen die Grundzüge der Sachverhältnisse vom 12. und 13. Juni 1923 einhalten und wird ohne Beeinträchtigung und Organisation und Tätigkeit der Direktion eine übermäßige wirtschaftliche Belastung der freien Stadt Danzig vermeiden und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Umstandes, daß die polnische Staatsbahndirektion auch die außerhalb der freien Stadt Danzig in Pommerellen liegenden Eisenbahnlinien verwaltet. Der Senat der freien Stadt Danzig behält sich vor, seine Wünsche wegen Ausgestaltung und Verbesserung des Verkehrs bei den vorangehenden weiteren Verhandlungen vorzubringen.

Der Ausweitungskonflikt zwischen Danzig und Polen.

Danzig, 26. Juni. In der Angelegenheit der Ausweitung von 16 Danzigern aus Polen hat in Beantwortung der Note des Danziger Senats der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Huzarski, eine Antwortnote übergeben. Es heißt darin: Die Zusage des Senats, die

Tätigkeit des Demobilisierungsausschusses gegenüber polnischen Staatsbürgern bis auf weiteres einzustellen, ist nicht als ausreichend erachtet worden. Die polnische Regierung erklärt sich bereit, die Danziger Wünsche zurückzuweisen zu stellen wie bisher in dem Augenblick, wo der Senat formell seine Verpfändungen, die aus dem Artikel 104 des Friedensvertrages resultieren, anerkennt und praktisch anwendet. Die Antwortnote bedeutet also eine Ablehnung des Entgegenkommens Danzigs und die Stellung einer neuen Bedingung.

Eine Universität für die nationalen Minderheiten in Polen.

Warschau, 26. Juni. Mit Rücksicht auf die Einführung des numerus clausus an den polnischen Universitäten für die nationalen Minderheiten wird in deutschen und jüdischen Kreisen für eine neue Universität gesammelt, die ausschließlich für die nationalen Minderheiten in Lodz errichtet werden soll. Mehrere Institutisten haben sich bereits erklärt, Beiträge zu liefern.

Bürgerlicher Wahltag in Weußen.

Weslau, 26. Juni. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl in Weußen erschienen von 44 Wählern 41 auf die die größten und drei auf die polnischen Parteien. Den größten Verlust erlitten die Sozialdemokraten. An erster Stelle in der neuen Stadtverordnetenversammlung steht jetzt das Zentrum.

Der Streit um die türkische Kuponfrage.

Konstantinopel, 26. Juni. Das Element der italienischen Delegation, daß die Nichtbehandlung der Kuponfrage am Sonnabend keineswegs auf das Fehlen von Instruktionen der italienischen Regierung zurückzuführen sei, hat die Franzosen, von denen diese Mitteilung ausging, eigentümlich in Verlegenheit gesetzt. Die französische Presse beschäftigt auf Weisung von oben her fastwörtlich diese kleine Mamage. In Wirklichkeit ist es immer noch die bestehende Uneinigkeit zwischen den Franzosen einerseits und England und Italien andererseits, in dieser Frage, die eine Verbreitung nicht hat zustandekommen lassen. In der heutigen Sitzung der Finanzkommission schritt General Bellet indirekt diese Frage an, als Benzelos die Forderung erhob, daß ein eventuelles Entgegenkommen der Verbündeten in der Frage der Zinszahlung für die ottomanischen Schulden auch Griechenland gewährt werden müsse für den auf ehemals türkisches Gebiet entfallenden Anteil. Die französischen Delegierten erklärten hierauf, daß in Kaufman sein Präzedenzfall geschaffen werden dürfe. Die Frage muß in direkten Verhandlungen zwischen den Gläubigern und der Türkei geregelt werden. In der Sitzung wurde dann endgültig der Artikel angenommen, der zwischen den Verbündeten und den Türken einen gegenseitigen Verzicht auf Reparationen anerkennt und weiter der Passus über die Anerkennung der Türken auf die Beschlagnahme ihrer Goldbestände in Deutschland und Österreich durch die Verbündeten und zugunsten der Verbündeten.

Turnen, Spiel und Sport.

S.-G. Kreuzen.

Heute abend findet vor dem Gesellschaftsspiel B. f. S. (Vig.) — Kreuzen 1. (Schiedsrichter: Lipfel Wacker-Dalle) noch ein Jugendspiel statt und zwar treffen sich um 1/6 Uhr Sportverein 99 1. Jugend und Kreuzen 1. Jugend.

